

Stadt Freiburg
Herrn Oberbürgermeister Martin Horn
Rathausplatz 2-4
79098 Freiburg



Per E-Mail an: rsk-ratsbuero@stadt.freiburg.de

23.07.2025

**Anfrage gem. § 24 IV GemO zu Sachthemen außerhalb von Sitzungen,
zum Thema: Umgang der Badenova mit Schlichterspruch und Ungleichbehandlung bei
Energiepreisen.**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

mit großem Befremden haben wir die Berichterstattung in der Badischen Zeitung zur aktuellen Preisgestaltung der Badenova zur Kenntnis genommen. Demnach macht das Unternehmen die Grundversorgung mit Gas davon abhängig, ob Wohnungseigentümer ihre Wohnungen selbst bewohnen oder vermieten. In Mehrfamilienhäusern mit überwiegender Vermietung sowie bei Gebäuden mit sogenannten Großabnehmern (z. B. einem Supermarkt im Erdgeschoss) wird offenbar kein Zugang zur regulären Grundversorgung gewährt, mit der Folge deutlich erhöhter Energiepreise, die letztlich von den Mietern getragen werden müssen.

Diese Praxis stellt aus unserer Sicht eine nicht gerechtfertigte Ungleichbehandlung von privaten Bewohnern dar, für die sich keinerlei sachliche oder rechtliche Grundlage erkennen lässt. Die Tatsache, dass die Badenova selbst nach einem vorliegenden Schlichterspruch weiterhin an dieser Preisdifferenzierung festhält und betroffenen Kunden keine Rückerstattung zu viel gezahlter Beträge anbietet, ist aus unserer Sicht inakzeptabel.

Zumal im Konzessionsvertrag mit der Badenova als Vormerkung folgendes steht:

"Ziel dieses Vertrages ist es, durch Bereitstellung und Betrieb eines Gasversorgungsnetzes unter Nutzung gemeindlicher Grundstücke eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche Versorgung der Einwohner und Gewerbetreibenden im Gemeindegebiet mit Gas zu gewährleisten". Im Hinblick auf dieses Ziel werden die Stadt und die Gesellschaft vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Wir fordern Sie daher auf, im Rahmen Ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender darauf hinzuwirken, dass die Badenova den Schlichterspruch anerkennt und zu viel gezahlte Beträge rückwirkend erstattet – insbesondere mit Blick auf die soziale Verantwortung gegenüber den betroffenen Mietern!

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie als Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden der Badenova um eine Stellungnahme bitten:

1. Wie bewerten Sie als Aufsichtsratsvorsitzender die Praxis der Badenova, die Grundversorgung an die Eigentumsnutzung zu koppeln und bei gemischt genutzten Gebäuden zu verweigern?
2. Welche Schritte wird die Stadt Freiburg unternehmen, um die Einhaltung fairer und transparenter Versorgungsbedingungen durch kommunale oder teilkommunale Unternehmen sicherzustellen?

Wir bitten um eine zeitnahe Antwort, da zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sowie Mieterinnen und Mieter in unserer Stadt direkt von dieser Praxis betroffen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Johannes Gröger
Stadtrat der Freien Wähler

Kai Vesper
Stadtrat der Freien Wähler

Petra Zimmermann
Stadträtin der Freien Wähler